



Protokoll

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.274518 / 924/2018/00002

Datum: 6. März 2019
Für: Mitglieder der beratenden Kommission / Cocosol sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Auflistung

Protokoll der 10. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 26. Februar 2019

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivrektorinnen- und Archivrektorenkonferenz (ADK)
	Lisa Yolanda Hilafu	Ehem. Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
Entschuldigt:	Christian Raetz	Leiter des «Bureau cantonal de médiation VD»
Ex officio:	Susanne Kuster	Stv. Direktorin BJ / Leiterin Direktionsbereich öffentliches Recht (für Traktandum 2)
	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM

1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Speziell willkommen heisst er Susanne Kuster (Stv. Direktorin BJ/Leiterin Direktionsbereich öffentliches Recht), welche insbesondere für das Traktandum 2 anwesend ist. Entschuldigt hat sich Christian Raetz. Lisa Hilafu wird nur bis etwas nach 14 Uhr bleiben können.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten und die Probleme, die sich beim letzten Mal beim Versand ergeben hatten, sind nun behoben worden.

Der Präsident weist darauf hin, dass die Audio-Aufzeichnungen der Sitzungen der beratenden Kommission nur zu rein BJ-internen Zwecken erfolgen, d.h. um die Protokolle präziser abfassen zu können.

Reto Brand stellt vier neue Mitarbeitende des BJ/Fachbereichs FSZM kurz vor. Aufgrund der Verstärkung der personellen Ressourcen gibt sich der Präsident in Bezug auf die Erreichung des Ziels, wonach sämtliche Gesuche bis Ende 2019 bearbeitet sein sollen, zuversichtlich.

Der Präsident teilt mit, dass das BJ Anfragen von Forschenden (insbes. des NFP 76) für den Erhalt von Kontaktadressen der Opfer erhalten hätte, die sich seinerzeit im Rahmen des Gesuchsformulars um einen Solidaritätsbeitrag mit der Herausgabe der Adressen einverstanden erklärt hatten. Aufgrund der Eigenschaften der besonders geschützten BJ-internen Datenbank TROVA, in der die Dokumente erfasst sind, und aus Gründen des Datenschutzes sei der administrative Aufwand sehr hoch, solche einwandfreien Adresslisten zu erstellen, die den individuellen Schutzbedürfnissen der Opfer und Betroffenen wirklich Rechnung tragen. Am 11. Februar 2019 habe deshalb in diesem Zusammenhang auch eine Sitzung mit den Verantwortlichen des BJ und des NFP 76 sowie mit ihm (als Beobachter des Bundes im Leitungsgremium des NFP 76) stattgefunden, um den Bedarf der Forschenden und die Möglichkeiten des BJ zu klären.

Der Präsident weist im Weiteren auf die vorgesehene Vernissage der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der administrativen Versorgungen hin, welche am 11. März 2019 im Bundesarchiv in Bern stattfindet. Dort werde die erste Publikation einer zehnbändigen Reihe über die Forschungsergebnisse präsentiert. Gleichzeitig werde auch eine Wanderausstellung zum Thema eröffnet.

Urs Allemann berichtet, dass am 10. Dezember 2018 in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz ein weiterer Anlass des Erzählbistros mit rund 100 Teilnehmenden in Olten stattgefunden habe. Zudem seien drei weitere, kleinere Erzählbistros mit max. 40 Teilnehmenden durchgeführt worden. Diese Anlässe würden der persönlichen Aufarbeitung der persönlichen Erlebnisse dienen, eine Aufarbeitung von Traumata sei in diesem Rahmen aber nicht möglich. Für März und April 2019 seien weitere Erzählbistros geplant.

Maria Luisa Zürcher hat einzelne Erzählbistros besucht. Sie sei tief beeindruckt gewesen, was die Betroffenen erzählt hätten. Das sei eine gute Unterstützung zur Wiedergutmachung. Sie weist im Weiteren auf die Problematik der Übertragung von Traumata auf die nächste Generation hin. Daraus könnte ev. auch ein Selbsthilfeprojekt entstehen, bei dem mehrere Generationen auf der Basis des Formats der Erzählbistros an einen Tisch gebracht werden könnten. Die Ergebnisse könnten sowohl für die Opfer und Betroffenen als auch für die Forschung von Nutzen sein. Susanne Kuster weist darauf hin, dass es empfehlenswert sei, schon in einer frühen Konzeptphase den Kontakt mit dem BJ zu suchen, um zu sondieren, ob überhaupt die Voraussetzungen für die Finanzierung eines Selbsthilfeprojekts durch das BJ erfüllt werden könnten.

Lisa Hilafu erinnert sich in diesem Zusammenhang an ein Projekt der Uni Zürich zu dieser Thematik. Von 2012 bis 2014 seien Interviews mit Eltern und Kindern geführt worden. Anschliessend seien Gespräche mit Eltern, Kindern und Fachpersonen gleichzeitig geführt worden. Bei einem Teil habe es sich um das Schicksal von Heimkindern gehandelt, beim anderen Teil um Betroffene aus dem Asylbereich. Die Ergebnisse seien 2014 auch in der Fernsehsendung Puls präsentiert worden.

Der Präsident präzisiert bezüglich der Finanzierung von Selbsthilfeprojekten, dass hierfür das BJ und nicht die beratende Kommission zuständig sei. Damit eine allfällige Finanzierung durch das BJ in Frage kommen könnte, müsste der Fokus jeweils klar auf dem Aspekt der „Hilfe zur Selbsthilfe“ liegen. Wenn dann auch Forschende miteinbezogen werden und von den Resultaten profitieren könnten, umso besser.

2. Information betreffend die Behandlung von Gesuchen, die nach Fristablauf eingereicht wurden

Der Präsident nimmt Bezug auf das versandte Dokument und weist zunächst darauf hin, dass die Frist für die Einreichung von Gesuchen um einen Solidaritätsbetrag bekanntlich am 31. März 2018 abgelaufen sei. Dies sei im Bundesgesetz über die Aufarbeitung von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) sowie in der dazugehörigen Verordnung so geregelt. Ebenfalls werde im Gesetz explizit darauf hingewiesen, dass auf verspätet eingereichte Gesuche nicht mehr eingetreten werden dürfe (d.h. diese nicht mehr geprüft werden dürften). Die gesetzliche Regelung bezüglich Wiederherstellung dieser Frist wird jedoch vom BJ mit der nötigen Kulanz gehandhabt.

Frau Kuster informiert, dass gesetzliche Fristen – wie diejenige im AFZFG für die Einreichung des Gesuches um einen Solidaritätsbeitrag – grundsätzlich verbindlich seien. Sie dürften deshalb von den Behörden nicht einfach nach Belieben verlängert werden. In bestimmten und begründeten *Ausnahmesituationen* könnten aber jene Personen, welche die Frist *unverschuldet* nicht hätten einhalten können (z.B. bei sehr schweren Krankheiten oder bei mehrmaligen kurz aufeinanderfolgenden oder längeren Spitalaufenthalten in der Zeit kurz vor oder nach Fristende, welche ein Handeln vor Ablauf der Frist verunmöglichten), gleich behandelt werden wie diejenigen Personen, welche das Gesuch rechtzeitig eingereicht hätten. Die Möglichkeit der sog. Fristwiederherstellung in solchen Fällen sei in Artikel 24 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes vorgesehen (VwVG). Umgekehrt bedeute dies aber eben auch, dass ohne ausreichenden Gründe für die Wiederherstellung der Frist nicht auf das Gesuch eingetreten werden könne.

Die Rechtsprechung und Praxis zur Fristwiederherstellung sei sehr streng. Um der besonderen Situation von Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen Rechnung zu tragen, sei das BJ bestrebt, die bestehenden Spielräume so weit als möglich zugunsten der Opfer auszuschöpfen. Dies habe jedoch nach objektiven Kriterien und immer unter Berücksichtigung der Gleichbehandlung aller Opfer zu erfolgen. Denkbar seien insbesondere folgende Situationen:

- Schwere (nicht nur schwerste) physische oder psychische Erkrankungen und/oder Operationen oder andere persönliche Hinderungsgründe können eine Wiederherstellung der Frist ausnahmsweise rechtfertigen. Voraussetzung ist dabei, dass die betroffene Person infolge der Beeinträchtigung in der Bewältigung ihres Alltages ganz erheblich eingeschränkt wurde und die konkrete Beeinträchtigung durch ein Arzteugnis oder einen Therapiebericht belegt wird.

In der Regel werde in solchen Situationen zwar verlangt, dass die betroffene Person eine Vertretung bestellt, die an ihrer Stelle die notwendigen Handlungen vornehmen könne. Da es sich jedoch beim Anspruch auf einen Solidaritätsbeitrag um ein höchstpersönliches

Recht handle, habe es für die betroffene Person keine negativen Folgen, wenn sie die Einreichung des Gesuchs nicht an eine Vertretungsperson delegiert habe.

- Wenn eine Person sich über die Rechtslage geirrt oder diese nicht gekannt hat, genügt dies grundsätzlich nicht für eine Fristwiederherstellung. Eine Ausnahme könne nur gemacht werden, wenn der Irrtum bzw. die Unkenntnis auf einem Fehlverhalten oder einer falschen Auskunft einer Behörde beruhen. Im Bereich der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen wird diese Ausnahmeregelung nicht nur auf ein Fehlverhalten von Behörden im engeren Sinne angewendet, sondern auch auf dasjenige von Fach- oder Vertrauenspersonen, die in Hinblick auf die Stellung von Gesuchen ähnlich wie eine Behörde gehandelt haben und auf welche die gesuchstellenden Personen sich aufgrund besonderer Umstände hätten verlassen dürfen. Solche Situationen müssten aber auf jeden Fall schlüssig dargelegt und in geeigneter Weise dokumentiert werden können.

In allen Fällen müsste ein solches Gesuch sehr rasch nach dem Wegfall des geltend gemachten Hinderungsgrundes (d.h. innert 30 Tagen) eingereicht werden.

Lisa Hilafu erkundigt sich, was mit Gesuchen passiere, die allenfalls erst nach der maximalen Frist von vier Jahren, welche für die Gesuchsbearbeitung im Gesetz vorgesehen ist (vgl. Art. 6 AFZFG), eingereicht würden. Gemäss den Ausführungen von Reto Brand setze Art. 24 VwVG für die Wiederherstellung der Frist keine absolute Grenze, d.h. die in Art. 6 AFZFG vorgesehene Bearbeitungsfrist von vier Jahren habe hier keine weitere Bedeutung. Für die Fristwiederherstellung sei einzig von Bedeutung, dass a) entschuldbare Gründe für das Nichteinhalten der Frist vorliegen würden und diese entsprechend belegt werden könnten sowie b) das Gesuch nach Wegfall dieser Gründe innert 30 Tagen beim BJ eingereicht werde. Dies bedeute aber auch, dass je später ein Gesuch eingereicht werde, desto länger müsse ein zureichender Hinderungsgrund über die ursprünglich geltende Frist hinaus bestanden haben. Oder mit anderen Worten: je mehr Zeit seit Ablauf der ordentlichen Frist vergangen sei, desto schwieriger dürfte es tendenziell werden, ausreichende Hinderungsgründe geltend zu machen und entsprechend zu belegen.

Susanne Kuster weist darauf hin, dass beim BJ nach Ablauf der Frist bis zum heutigen Zeitpunkt knapp etwas über 100 Gesuche eingereicht wurden. Ziel sei es, diese wenn möglich ebenfalls bis Ende 2019 bearbeiten zu können.

3. Praxis der Cocosol: insbesondere betreffend Einsichtnahme in Dossiers und Behandlung klarer Nichteintretensentscheide

Die Fälle bzw. Dossiers, in denen das BJ eine Gutheissung vorsieht, werden den Mitgliedern der beratenden Kommission jeweils mittels Monatslisten auf dem Zirkularweg unterbreitet. Innert der angesetzten Frist haben die Mitglieder die Möglichkeit, Einsicht in alle Akten zu nehmen und ggf. auch dazu Stellung zu nehmen. Erfolgen keine Stellungnahmen innert dieser Frist, erlässt das BJ anschliessend die entsprechenden Verfügungen, mit denen die Gesuche gutgeheissen werden. Diese Praxis hat sich sowohl aus Sicht der beratenden Kommission als auch des BJ bewährt. Akteneinsicht durch die Kommissionsmitglieder in bereits abgeschlossenen Fälle sollen demgegenüber nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen können (z.B. wenn im Zusammenhang mit der Prüfung eines aktuellen Falles ein Quervergleich zu einem früheren Fall angezeigt und nötig ist).

In denjenigen Fällen, in denen das BJ eine Abweisung oder ein Nichteintreten bzw. eine Diskussion als Grenzfall vorsieht, erfolgt der Versand der vollständigen Dossiers (inkl. aller we-

sentlichen Akten) an die Mitglieder der beratenden Kommission zusammen mit der Sitzungseinladung/Traktandenliste. Diese Fälle werden jeweils anlässlich der Sitzung eingehend beraten; am Ende gibt die beratende Kommission dazu jeweils ihre Empfehlung ab.

Bezüglich denjenigen Gesuchen, auf die nicht eingetreten werden kann, weil der Sachverhalt ganz klar nicht unter das AFZFG fällt (Beispielsweise weil die Massnahmen zeitlich eindeutig nach 1981 angeordnet wurden oder der Sachverhalt in geographischer Hinsicht keinerlei Bezug zur Schweiz aufweist) erklären sich die Mitglieder der beratenden Kommission damit einverstanden, dass diese ab sofort ebenfalls auf dem Zirkularweg erledigt werden sollen (analog Gutheissungen). Dies jedoch unter der Voraussetzung, dass es sich dabei nur um absolut klare Fälle handeln dürfe und auf der separaten Monatsliste für die Kommissionsmitglieder der jeweilige Grund, weshalb nicht auf das Gesuch eingetreten werden solle, spezifiziert werde.

4. Diskussion von Einzelfalldossiers, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung oder ein Nichteintreten vorsieht bzw. von Grenzfällen

Der Präsident hält zunächst fest, dass in Bezug auf die seit der letzten Sitzung versendeten Monatslisten mit vorgesehenen Gutheissungen (d.h. November 2018, Dezember 2018 und Januar 2019) keine Einwände seitens der Kommissionsmitglieder eingetroffen sind. Das BJ hat folglich die Gesuche definitiv gutgeheissen und den Versand der entsprechenden Verfügungen in die Wege geleitet.

Nachträge zur letzten Kommissionssitzung: Anlässlich der letzten Sitzung vom 20. November 2018 wurde ein Gesuch von der beratenden Kommission zur Abweisung empfohlen unter dem Vorbehalt, dass die zusätzlichen Abklärungen negativ verlaufen würden. Die Behandlung von zwei weiteren Gesuchen wurde zwecks weiterer Abklärungen zurückgestellt. Reto Brand informiert, dass im ersten Fall zwar inzwischen erste Resultate vorliegen, aber Folgeabklärungen als notwendig erscheinen, wenn man Gewissheit haben wolle. Im zweiten Fall empfiehlt die beratende Kommission gestützt auf die zusätzlichen Informationen eine Abweisung des Gesuchs und im dritten Fall eine Gutheissung.

Im Weiteren informiert Reto Brand über einen Fall, bei dem sich die beratende Kommission anlässlich der letzten Sitzung mit einer Abweisung einverstanden erklärt hatte. Zwischenzeitlich wurden aber noch unerwartet weitere Akten nachgereicht, aufgrund derer das Gesuch doch noch gutgeheissen werden konnte. Das BJ hat denn auch angesichts der klaren Sachlage nicht erst die heutige Sitzung abgewartet, sondern reagiert und die positive Verfügung bereits verschickt.

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission insgesamt 21 Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung (17 Fälle) oder ein Nichteintreten (1 Fall) vorsieht bzw. eine Diskussion von Grenzfällen (3 Fälle) vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission:

- auf 1 Gesuch nicht einzutreten, weil sich alle Ereignisse ganz klar nach 1981 zugetragen haben und im Übrigen das Gesuch auch nicht rechtzeitig eingereicht worden war;
- 3 Gesuche gutzuheissen;
- 14 Gesuche abzuweisen, weil bei den gesuchstellenden Personen jeweils die gesetzlichen Voraussetzungen der Opfereigenschaft nicht erfüllt sind;
- die Behandlung von 3 Gesuchen zu verschieben, bis weitere Abklärungen erfolgt sind.

5. Stand der vom Fachbereich FSZM vorgeprüften bzw. von der beratenden Kommission behandelten Gesuche

Der Präsident orientiert, dass von der beratenden Kommission bis zur letzten Sitzung vom 20. November 2018 insgesamt 2'974 Gesuche geprüft worden seien. Gestützt auf die entsprechenden Monatslisten November 2018, Dezember 2018 und Januar 2019 seien auf dem Zirkularweg insgesamt 989 weitere Gesuche, bei denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsah, behandelt worden. Zusammen mit den anlässlich der heutigen Sitzung traktandierten 21 Gesuchen (vgl. Ziff. 4) betrage der aktuelle Stand der von der beratenden Kommission behandelten Gesuche nun total 3'984 Gesuche.

Überdies seien bereits schon wieder viele weitere Gesuche auf der Februar-Liste, die demnächst abgeschlossen und an die Kommissionsmitglieder versandt werde. Damit seien nun praktisch alle prioritären Gesuche erledigt worden. Man nähere sich nun sehr rasch der «Hälfte» (4'500 von rund 9'000 Gesuchen).

6. Selbsthilfe-Projekte

Reto Brand informiert kurz über den aktuellen Stand der Selbsthilfe-Projekte. Verglichen mit dem Stand anlässlich der letzten Sitzung vom 20. November 2018 hätten sich Fortschritte bei einzelnen Projekten ergeben. In diversen Projekten wurden dem BJ Zwischenberichte eingereicht.

7. Verschiedenes

Der Präsident informiert, dass die Forschungsprojekte bei der UEK und NFP 76 zur wissenschaftlichen Aufarbeitung auf Kurs seien und auch eine inhaltliche Koordination der Arbeiten in verschiedener Hinsicht stattfinde. Es sei z.B. ein gemeinsamer Anlass im Herbst geplant.

Die Website des BJ betreffend die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen wurde überarbeitet und aktualisiert.

Reto Brand informiert schliesslich, dass Clément Wieilly offenbar seine neue CD «le petit Clément» veröffentlicht habe. Für mehr Informationen und für eine allfällige Bestellung der CD siehe: <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/gesellschaft/fszm/aktuelles.html>.

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am Dienstag, 30. April 2019, von 10 bis ca. 16.00 Uhr statt.

Der Präsident dankt allen Mitgliedern für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung und schliesst diese um 16.50 Uhr.



Procès-verbal

Référence : COO.2180.109.7.274518 / 924/2018/00002

Date :

6 mars 2019

Destinataires :

Membres de la Cocosol et autres participants à la
séance mentionnés ci-dessous

Procès-verbal de la 10^e séance de la Commission consultative (Cocosol) du 26 février 2019

Présidence :	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien sous-directeur de l'OFJ
Membres :	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
	Urs Allemann	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Lisa Yolanda Hilafu	Ancienne présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée
	Maria Luisa Zürcher	Ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Laetitia Bernard	Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
Excusé :	Christian Raetz	Chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
Ex officio :	Susanne Kuster	OFJ / sous-directrice et cheffe du domaine de direction Droit public (point 2)
	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
Procès-verbal :	Simone Anrig	OFJ / unité MCFA

1. Accueil et informations générales

Le président ouvre la séance à 10 heures et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Il salue spécialement Susanne Kuster (sous-directrice de l'OFJ et cheffe du domaine de direction Droit public), qui interviendra à propos du point 2. Christian Raetz est excusé et Lisa Hilafu devra s'absenter peu après 14 heures.

Les documents de la séance ont été envoyés aux membres environ 15 jours plus tôt. Tous semblent les avoir reçus en temps voulu et les problèmes qui s'étaient présentés la dernière fois semblent avoir été résolus.

Le président indique que les séances de la commission consultative sont enregistrées uniquement à des fins internes à l'OFJ, à savoir pour améliorer la précision des procès-verbaux.

Reto Brand présente quatre nouveaux collaborateurs de l'unité MCFA. Étant donné cet étouffement des ressources en personnel, le président se dit confiant quant aux chances de parvenir à traiter l'ensemble des demandes d'ici la fin 2019.

Le président signale que l'OFJ a été contacté par divers chercheurs (et notamment le PNR 76) lui demandant les adresses de contact des victimes qui avaient donné leur accord ad hoc au moment de remplir le formulaire de demande de contribution de solidarité. Étant donné les dispositifs de sécurité particuliers protégeant la base de données interne TROVA de l'OFJ dans laquelle ont été saisis les documents, et pour des motifs relevant de la protection des données, la constitution de listes d'adresses exemptes d'erreurs et répondant véritablement aux impératifs de protection des victimes et des personnes concernées représente une charge administrative considérable. C'est la raison pour laquelle il a participé le 11 février 2019, en qualité d'observateur de la Confédération au sein du comité de direction du PNR 76, à une séance réunissant les responsables de l'OFJ et du PNR 76, destinée à établir les besoins des chercheurs et les possibilités de l'OFJ.

Il évoque par ailleurs le prochain vernissage organisé le 11 mars 2019 dans les locaux des Archives fédérales par la Commission indépendante d'experts (CIE) chargée de réaliser une étude scientifique sur les internements administratifs, pour célébrer la publication d'une série de dix volumes consacrés aux résultats des recherches. Une exposition itinérante dédiée au même thème doit démarrer à la même période.

Urs Allemann rapporte la tenue d'un nouveau bistrot d'échange le 10 décembre 2018 à Olten, en collaboration avec la Haute école spécialisée du nord-ouest de la Suisse, soirée qui a attiré près de 100 participants. Trois autres bistrots d'échange, plus petits, ont eu lieu, réunissant 40 participants au maximum. Selon lui, ces soirées sont utiles pour la mise à plat des expériences personnelles, elles n'offrent pas le meilleur cadre pour surmonter les traumatismes. D'autres bistrots d'échange sont prévus pour mars et avril 2019.

Maria Luisa Zürcher a participé à certains de ces bistrots d'échange et se dit très impressionnée par ce que les personnes concernées ont partagé. Ils représentent à son avis un bon soutien au processus de guérison. Elle évoque par ailleurs la problématique de la transmission des traumatismes à la prochaine génération. Il serait possible de mettre sur pied un projet d'entraide consistant à réunir plusieurs générations autour d'une table, à la façon d'un bistrot d'échange. Les résultats pourraient être utiles aux victimes et aux personnes concernées, mais aussi aux chercheurs. Susanne Kuster fait valoir qu'il serait opportun de prendre contact avec l'OFJ à un stade précoce, pour s'assurer que les conditions au financement d'un projet d'entraide soient bien réunies.

Lisa Hilafu se remémore à ce propos un projet de l'Université de Zurich mené autour de cette thématique entre 2012 et 2014, dans le cadre duquel on avait organisé des interviews avec des parents et des enfants, puis des interviews réunissant parents, enfants et profes-

sionnels du domaine. Dans une partie des entretiens, il avait été question du sort des enfants placés, dans l'autre des requérants d'asile. Les résultats avaient été présentés en 2014 dans l'émission télévisée Puls.

Le président précise enfin, concernant le financement des projets d'entraide, que celui-ci relève de l'OFJ et non de la commission consultative. Pour qu'un financement par l'OFJ puisse être envisagé, il faut que le projet soit clairement axé sur l'entraide. Et tant mieux s'il est ensuite possible d'impliquer des chercheurs et que ceux-ci peuvent profiter des résultats.

2. Informations sur le traitement des demandes remises hors délai

Le président se réfère au document envoyé et rappelle que l'échéance du délai de remise des demandes pour une contribution de solidarité était fixée au 31 mars 2018. La date était inscrite dans la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA) ainsi que dans l'ordonnance correspondante. La loi précisait par ailleurs que les demandes déposées après expiration du délai légal ne seraient pas prises en considération (et ne pourraient donc pas être examinées). L'OFJ fait toutefois preuve d'une certaine souplesse dans l'interprétation des dispositions relatives à la restitution du délai, soit à la possibilité d'examiner malgré tout certaines des demandes remises hors délai.

Madame Kuster insiste sur le caractère contraignant des délais légaux – comme celui inscrit dans la LMCFA pour le dépôt des demandes – et sur l'impossibilité de les prolonger à l'envi. Dans certaines *situations exceptionnelles* bien précises, toutefois, lorsqu'une personne n'a pas été en mesure de respecter le délai *sans que la faute puisse lui en être imputée* (soit p. ex. en cas de maladie grave ou d'hospitalisations répétées ou de longue durée pendant la période qui a précédé ou suivi de peu l'échéance de ce délai et qui l'a empêchée d'agir dans les temps), il est possible de traiter le cas de cette personne de la même manière que si elle avait pu respecter le délai. Cette possibilité dite de restitution du délai est inscrite dans l'art. 24 de la loi fédérale sur la procédure administrative (PA). À l'inverse, toutefois, cela signifie également que si des motifs suffisants ne sont pas réunis pour la restitution du délai, on ne pourra pas entrer en matière sur la demande concernée.

Si la jurisprudence et la pratique délimitent un cadre très strict en matière de restitution des délais, l'OFJ souhaite tenir compte de la situation particulière des victimes de mesures de coercition et de placements à des fins d'assistance et s'efforce d'exploiter le mieux possible la marge de manœuvre existante en faveur des victimes. Cette pratique doit toutefois obéir à des critères objectifs et respecter l'impératif d'égalité de traitement entre toutes les victimes. Une restitution des délais est donc envisageable par exemple dans les cas suivants :

- Une maladie physique ou psychique grave (et pas nécessairement gravissime), une opération ou d'autres circonstances personnelles peuvent, à titre exceptionnel, motiver une restitution des délais. La condition est que ces circonstances aient drastiquement diminué la capacité de la personne à gérer son quotidien, et qu'un certificat médical ou un rapport thérapeutique puisse attester de cet état de fait.

En règle générale, on exige dans ce type de situations que la personne concernée mandate un représentant pour qu'il effectue les démarches à sa place. Cependant, comme le droit à une contribution de solidarité relève d'un droit éminemment intime et privé, il ne faut pas que la personne concernée subisse un préjudice si elle décidait de ne pas déléguer sa représentation à un tiers.

- Le fait d'avoir été mal informé quant à la possibilité de demander réparation ou de n'avoir pas eu connaissance de celle-ci ne suffit en revanche pas, en principe, à motiver une restitution du délai. Une exception à cette règle n'est possible que si l'erreur ou la méconnaissance des faits sont dues à une défaillance manifeste de la part des autorités, ou à la

fourniture d'informations erronées par ces dernières. Dans le domaine des mesures de coercition et des placements à des fins d'assistance, des dérogations sont accordées pour défaillance non pas seulement des autorités au sens strict, mais aussi des spécialistes ou des personnes de confiance qui ont, du fait de circonstances particulières, pris la place des autorités dans le cadre d'un dépôt de demande, et auxquelles les personnes concernées auraient dû pouvoir se fier. Chaque situation de ce type devra être établie et documentée de manière convaincante.

Dans tous les cas, il faut que les demandes soient déposées très rapidement (soit dans les 30 jours) une fois le motif d'empêchement résolu.

Madame Hilafu demande ce qu'il adviendrait des demandes déposées après l'expiration du délai de quatre ans maximum inscrit dans la loi pour le traitement des demandes (cf. art. 6 LMCFA). Comme l'a expliqué Reto Brand, l'art. 24 PA ne fixe pas de limite absolue pour l'octroi d'une restitution du délai, ce qui implique que le délai de quatre ans inscrit à l'art. 6 LMCFA pour le traitement des demandes n'a pas de signification en soi. Les seuls éléments déterminants pour la restitution seraient a) que des motifs opposables et dûment documentés justifient le non-respect du délai et b) que la demande soit parvenue à l'OFJ dans les 30 jours après la disparition desdits motifs. Cela signifie toutefois aussi que plus une demande est déposée tard, et plus un motif d'empêchement valable devra avoir subsisté longtemps au-delà du délai originel. Autrement dit, plus il se sera écoulé de temps après l'expiration du délai originel et plus il devrait devenir difficile de faire valoir des motifs suffisants pour obtenir une restitution.

Susanne Kuster signale que jusqu'ici, un peu plus de 100 demandes sont parvenues à l'OFJ hors délai. L'objectif est de parvenir si possible à traiter les demandes d'ici la fin 2019.

3. Pratique de la Cocosol, notamment pour ce qui est de la consultation des dossiers et du traitement des décisions claires de non-entrée en matière

Les demandes et les dossiers que l'OFJ prévoit d'approuver sont communiqués aux membres de la commission consultative par voie de circulaire, sous forme de listes mensuelles. Les membres peuvent alors, dans le délai spécifié, consulter les dossiers et, le cas échéant, prendre position les concernant. Si aucun membre ne se manifeste, l'OFJ remet les décisions d'approbation correspondantes. Cette manière de faire s'est avérée concluante tant de l'avis de la commission consultative que de l'OFJ. Concernant les demandes déjà examinées, en revanche, il faut que les membres de la commission ne puissent les consulter que dans certains cas exceptionnels, dûment justifiés (p. ex. lorsque l'examen d'une demande en cours exige que l'on accède à un dossier traité précédemment).

Dans les cas où l'OFJ prévoit un rejet ou une non-entrée en matière, ou encore une discussion lorsqu'il s'agit d'un cas limite, les dossiers sont envoyés dans leur intégralité (soit tous les documents essentiels) aux membres de la commission consultative, en même temps que l'invitation à la séance et l'ordre du jour. Ces cas sont traités de manière approfondie à l'issue de la séance, avant que la commission consultative n'émette une recommandation les concernant.

Concernant les demandes pour lesquelles on ne peut envisager d'entrer en matière puisque l'état de fait examiné ne relève clairement pas de la LMCFA (p. ex. lorsque les mesures incriminées ont clairement été ordonnées après 1981, ou que l'état de fait examiné s'est manifestement déroulé hors des frontières suisses), les membres de la commission consultative consentent à ce qu'elles soient traitées sans délai par voie de circulaire (de la même manière que les approbations). Il faut toutefois que les cas soient absolument clairs, et la liste

mensuelle séparée destinée aux membres de la commission doit mentionner les raisons pour lesquelles l'entrée en matière est refusée.

4. Discussion des dossiers individuels pour lesquels l'unité MCFA propose un rejet ou une non-entrée en matière ou des cas limites

Le président commence par relever que les membres de la commission n'ont émis aucune réserve concernant les listes mensuelles d'approbations proposées envoyées depuis la dernière séance (soit les listes de novembre 2018, décembre 2018 et janvier 2019). L'OFJ a de ce fait approuvé définitivement les demandes concernées et programmé l'envoi des décisions correspondantes.

Compléments à la dernière séance de la commission : lors de la séance du 20 novembre 2018, la commission a recommandé de rejeter l'une des demandes examinées au motif que les investigations la concernant déboucheraient sur un résultat négatif. Le traitement de deux autres demandes a été ajourné pour permettre un examen plus approfondi. Reto Brand fait savoir que dans le premier cas, on a pu entretemps réunir les premiers éléments, mais que des éclaircissements supplémentaires seront nécessaires si l'on veut avoir la certitude d'agir à bon escient. Dans le deuxième cas, la commission recommande de rejeter la demande sur la base des informations supplémentaires réunies, et dans le troisième elle recommande une approbation.

Reto Brand relate ensuite un cas dans lequel la commission consultative avait opté pour un rejet lors de la dernière séance. D'autres documents ont toutefois été remis depuis, qui ont permis d'approuver la demande. La situation étant claire, l'OFJ n'a pas attendu la séance du jour, mais a choisi de réagir rapidement et d'envoyer la réponse positive.

La commission examine aujourd'hui un total de 21 demandes. Pour 17 d'entre elles, l'unité MCFA recommande un rejet et pour une d'entre elles une non-entrée en matière. Trois demandes lui paraissent constituer des cas limites et exiger une discussion approfondie. Après avoir examiné attentivement chaque demande, elle émet les recommandations suivantes :

- non-entrée en matière pour une demande, car les faits évoqués se sont très clairement déroulés après 1981 et la demande a été déposée hors délai ;
- approbation de 3 demandes ;
- rejet de 14 demandes, car les demandeurs ne remplissent pas les exigences légales justifiant de la qualité de victime ;
- renvoi du traitement de 3 demandes, pour permettre des investigations supplémentaires.

5. État des demandes pré-examinées par l'unité MCFA et traitées par la commission consultative

Le président fait savoir que 2974 demandes au total avaient été examinées en date du 20 novembre 2018, date de la dernière séance de la commission consultative. 989 autres demandes, énumérées dans les listes de novembre 2018, décembre 2018 et janvier 2019 ont depuis été traitées depuis par voie de circulaire, et sont considérées par l'unité MCFA comme méritant approbation. Avec les 21 demandes abordées dans le cadre de la séance du jour (cf. ch. 4), cela porte le nombre total des demandes traitées par la commission consultative à 3984.

Bon nombre de demandes figurent dans la liste de février, qui doit être prochainement bouclée et envoyée à la commission. La quasi-totalité des demandes prioritaires aura ainsi été

traitée, et l'on s'approche très rapidement de la « moitié » des 9000 demandes soumises au total.

6. Projets d'entraide

Reto Brand décrit brièvement l'état d'avancement des projets d'entraide. Nombre de projets ont nettement progressé depuis la séance du 20 novembre 2018, et l'OFJ a reçu des rapports intermédiaires pour certains d'entre eux.

7. Divers

Le président fait savoir que les projets de recherche menés par la commission indépendante d'experts et dans le cadre du PNR 76 suivent leur cours, et que leurs contenus sont en partie coordonnés. Un événement commun est prévu en automne prochain.

Le site Internet de l'OFJ dédié aux mesures de coercition et aux placements extrafamiliaux a été remanié et mis à jour.

Reto Brand annonce que Clément Wieilly a publié son nouveau CD intitulé *Le petit Clément*. Pour plus d'informations et pour commander le CD, rendez-vous sur : www.ofj.admin.ch/bj/fr/home/gesellschaft/fszm/aktuelles.html.

La prochaine séance de la commission se tiendra le 30 avril 2019, de 10 h 00 à 16 h 00 environ.

Le président remercie tous les membres de la commission pour leur participation active et leur collaboration constructive, et clôt la séance à 16 h 50.